«Eine Solarpflicht ist dem Land zumutbar»

Daniel Gstöhl setzt auf die Kraft der Sonne. Das Potenzial an erneuerbaren Energiequellen sei in Liechtenstein bei Weitem noch nicht ausgeschöpft und müsse stark ausgebaut werden, ist der Präsident der Solargenossenschaft überzeugt. Auch wenn das Land Solarweltmeister ist, gibt es laut Gstöhl noch Nachholbedarf.

Bild: Daniel Schwendener

Mit Daniel Gstöhl sprach Dorothea Alber

Daniel Gstöhl ist der Präsident der Solargenossenschaft Liechtenstein, die vor fast 30 Jahren gegründet wurde. Er spricht über die Chancen des Landes, noch schneller von Atomstrom loszukommen.

Die neue Energiestrategie gibt den Takt vor, wie schnell Liechtenstein den Weg in eine neue Energiezukunft geht. Die Solargenossenschaft kritisiert, sie könnte ambitionierter sein. Wo sehen Sie Verbesserungspotenzial?
Daniel Gstöhl: Die Ziele gehen in die richtige Richtung, aber sie sind in unseren Augen zu wenig ambitioniert. Das Gegenargument der Regierung, realistische Ziele seien sinnvoller, ist eine Ansicht, die wir nicht teilen. Auch wenn der Fotovoltaik-Zubau von fünf Megawatt Peak pro Jahr eine Herausforderung ist, sollte sich die Strategie doch an dem orientieren, was nötig ist, und nicht an dem, was auf den ersten Blick machbar ist. Es hat jetzt aber keinen Sinn, weiter darüber zu diskutieren, ob die Ziele zu wenig ambitioniert sind. Nun geht es darum, mindestens die Ziele der Energiestrategie umzusetzen. Dabei ist es wichtig, rechtzeitig Massnahmen zu ergreifen, falls sich abzeichnen sollte, dass sie nicht erreicht werden.

Sie machen sich für eine Fotovoltaik-Pflicht für Neubauten stark, um diese fünf Megawatt Peak schnell zu erreichen. Wäre eine solche Vorschrift mit der liberalen Denkweise Liechtensteins vereinbar?
Wer ein Gebäude erstellt, muss sich an Vorschriften halten: Grenzabstände, Ausnützungsziffern, auch Dämmwerte der Baumaterialien und vieles andere wird nicht der Eigenverantwortung überlassen. Jedes neue Gebäude braucht zusätzliche Energie. Da ist es mit Blick auf den Klimawandel nur selbstverständlich, dass man einen Teil davon auch auf dem eigenen Gebäude bereitstellen muss. Hier wird ein Umdenken stattfinden müssen, was in vielen Ländern schon der Fall ist. Kalifornien kennt schon seit einiger Zeit eine Solarpflicht, aber auch viele deutsche Bundesländer haben eine Pflicht eingeführt oder sind gerade dabei, ebenso Wien. Dies ist auch in Liechtenstein zumutbar, umso mehr, da die Förderungen des Landes und der Gemeinden ja grosszügig sind.

Wie sieht die Regelung dazu in der Schweiz aus?
In der Schweiz handhabt es jeder Kanton anders. In Graubünden zum Beispiel ist man verpflichtet, einen Teil der Energie selbst bereitzustellen. Dies gilt für alle Neubauten, die beheizt, belüftet, gekühlt oder befeuchtet werden. Bislang hat sich Liechtenstein eher zurückgehalten und wartet ab, wie die Schweiz vorgeht *(Anm. der Redaktion: Die Schweiz stimmt im Sommer über das neue CO_2-Gesetz ab)*. Dieses Abwarten bedauern wir. Als ein Land mit vielen Möglichkeiten sollten wir mutiger sein sowie eine Vorreiterrolle einnehmen. Betreffend eine verstärkte Förderung von erneuerbaren Energien stehen die Zeichen gut. So haben sämtliche gewählte Landtagsabgeordnete, die auf wahlhilfe.li die Frage beantwortet haben, ob der Staat erneuerbare Energien und einen ressourcenschonenden Umgang mit Energie stärker fördern sollte als bisher, mit «Ja» oder «eher Ja» beantwortet. Es bleibt zu hoffen, dass der neue Landtag diesen Worten auch entsprechende Taten folgen lässt.

> «Die Regierung handelt zu langsam und wir haben das Gefühl, wir müssen sie etwas anschieben.»
>
> **Daniel Gstöhl**
> Präsident der Solargenossenschaft und Professor an der OST – Ostschweizer Fachhochschule

Liechtenstein setzt bislang vor allem auf freiwillige Anreize in Form von Förderungen. Reichen diese aus, oder gibt es noch Luft nach oben?
Die Devise beim Thema Förderung «je mehr, desto besser» ist unserer Ansicht nach nicht die richtige Strategie. Wichtiger ist eine gezielte Förderung, um Anreize zu schaffen. Wir haben im Herbst daher auch bemängelt, dass mit der Einspeisevergütung ein altes Fördermodell auslaufen hätte sollen – ohne, dass die Regierung damals kommunizieren konnte, wie ein Nachfolgemodell aussehen soll. Auch aufgrund unserer Intervention wurde die Einspeisevergütung nun um ein Jahr verlängert.

Wissen Sie bereits, wie das neue Fördermodell aussehen wird, das die Regierung plant?
Geplant ist eine Art Marktzuschlag für den eingespeisten Solarstrom, der zum aktuellen Tarif der Einspeisung hinzukommt. Grundsätzlich ist das Modell gut, denn es bietet keinen Anreiz mehr, unabhängig von der Nachfrage so viel Strom wie möglich einzuspeisen, sondern es belohnt die Einspeisung dann, wenn Bedarf besteht. Wie das Fördermodell genau gestaltet ist, wurde bis jetzt noch nicht kommuniziert.

Die LKW planen eine Handelsplattform. Strom wird mittels Fotovoltaik von den Haushalten selbst produziert und über eine eigene Plattform automatisch gehandelt. Was denken Sie über solche Projekte?
Ich halte es für ein gutes und wichtiges Projekt. Stromverbraucher können selbst entscheiden, woher sie den Strom beziehen. Private Stromproduzenten erhalten hoffentlich die Möglichkeit, für den selbst produzierten Strom einen besseren Preis am Markt zu erzielen. Schade ist, dass die Solargenossenschaft nicht in das Projekt involviert ist. Wir möchten unsere Expertise gerne einbringen und dieses Projekt unterstützen. Es bietet sich hier für Liechtenstein die Chance, als «Quartierstrom-Land» eine Vorreiterrolle einzunehmen.

Reichen solche Projekte aus oder sehen Sie im Land Nachholbedarf?
Im Land gibt es noch etliche Hürden, zum Beispiel Gemeinde-Reglements, die nicht zeitgemäss sind. Es gibt Reglements, die Ausschlusszonen vorsehen und so zum Beispiel Fotovoltaikanlagen in gewissen Zonen oder an den Fassaden grundsätzlich verbieten, selbst wenn man die Anlagen gar nicht sieht oder nicht als Fotovoltaik-Module wahrnimmt. Auch für die Nutzung landwirtschaftlicher Flächen für Fotovoltaikanlagen fehlen entsprechende gesetzliche Grundlagen. Es besteht zudem Handlungsbedarf, weitere Flächen wie Überdachungen von Parkplätzen verstärkt zu nutzen. Wir brauchen Energie und sind der Meinung, dass wir so viel wie möglich im eigenen Land produzieren sollten, anstatt zu sehr auf eine Importstrategie zu setzen.

Welchen Beitrag könnte die Fotovoltaik zum Eigenversorgungsgrad Liechtensteins leisten?
Unsere Vision ist natürlich, Liechtenstein zu 100 Prozent mit erneuerbarer Energie zu versorgen, die auch im Land produziert wird. Für Fotovoltaik gibt es noch sehr viel Potenzial. Da die Bilanz im Jahresverlauf aber schwankt, wären dabei andere Energiequellen wie Windkraft vorteilhaft. Auch wenn es Einschränkungen im Land gibt, sollte man Windkraft nicht kategorisch ausschliessen.

Das Potenzial im Land sei aber begrenzt, sagen einige.
Das Potenzial an erneuerbaren Energiequellen ist bei Weitem noch nicht ausgeschöpft und muss stark ausgebaut werden. Einzig das Potenzial an Wasserkraft ist ausgeschöpft, wenn man die Rheinkraftwerke aussen vor lässt, die aus ökonomischer und ökologischer Sicht keinen Sinn ergeben. Ich denke, die Vision der LKW, Liechtenstein bis zum Jahr 2025 rein mit Strom aus erneuerbaren Energiequellen zu versorgen, sollte schneller umgesetzt werden.

Die Regierung in Liechtenstein macht also zu wenig?
Sie handelt zu langsam und wir haben das Gefühl, wir müssen sie etwas anschieben. Der Nationalrat Roger Nordmann sieht einen Fotovoltaik-Ausbau um den Faktor 25 und den Ausstieg aus der Atomenergie bis 2050 für die Schweiz als realistisch an. In Liechtenstein liegen wir bei einem Faktor 15. Wir haben eine bessere Ausgangslange: Wir sind bereits Solarweltmeister. Mit dem aktuellen Ziel der Energiestrategie streben wir nur einen Faktor 6 an. Liechtenstein könnte wenigstens ab sofort beim Import auf Strom aus fossilen Brennstoffen und Atomkraft verzichten und ausschliesslich auf Strom aus erneuerbaren Energiequellen setzen.

Dies würde sich auch auf andere Bereiche auswirken. Solange der Strom nicht aus erneuerbaren Energiequellen kommt, ist auch die E-Mobilität ein zweischneidiges Schwert.
Mit der E-Mobilität allein sind nicht alle Probleme gelöst. Das Ziel müsste lauten, keine Emissionen zu produzieren, doch jedes Elektroauto verursacht indirekt auch CO_2-Emissionen, vor allem bei der Herstellung. Das soll jedoch kein Argument für einen Verbrennungsmotor sein. Hinzu kommt ein zweiter Punkt: Je grösser und je schwerer ein Auto ist, desto mehr Energie benötigen wir, um es anzutreiben. Wenn wir auf unsere Strassen blicken, sehen wir, dass die Autos immer grösser werden und die Anzahl der Fahrzeuge weiter zunimmt. Da müssen wir uns nicht wundern, dass die CO_2-Emissionen laufend ansteigen. Wir müssten also nicht nur darüber diskutieren, welchen Antrieb ein Auto hat, sondern grundsätzlich den ganzen motorisierten Individualverkehr in Frage stellen.

In Sachen Verkehr und Energieversorgung liegt noch einiges an Arbeit vor Liechtenstein. Welches ist Ihr grösster Wunsch im Hinblick auf die kommenden Jahre?
Die Abgeordneten im Landtag haben die Energiestrategie abgesegnet und sich dafür ausgesprochen, erneuerbare Energie stärker zu fördern. Nun hoffe ich, dass die Energiestrategie auch gut umgesetzt wird. Es wäre sehr schade, wenn zwar Ziele gesteckt werden, diese aber – wie bei der letzten Energiestrategie – bei Weitem verfehlt werden. Mir erscheint daher das vom Landtag beschlossene Monitoring wichtig, um das Erreichte mit den Zielvorgaben zu vergleichen. Es ist auch richtig, dass die Energiefachstelle personell aufgestockt wurde, um diese Aufgaben auch wahrzunehmen. Die Solargenossenschaft wird auf jeden Fall eine kritische Beobachterin sein und sich zu Wort melden, wo das nötig ist.

Zur Person:

Daniel Gstöhl ist Professor am Institut für Energiesysteme und Leiter des gleichnamigen Weiterbildungsstudiengangs der OST – Ostschweizer Fachhochschule. Er ist als Dozent für Thermodynamik und Strömungslehre tätig. Seit Herbst des vergangenen Jahres ist er zudem Mitglied der Energiekommission. Er ist Präsident der Solargenossenschaft Liechtenstein, die im Jahr 1992 gegründet wurde. Gstöhl absolvierte ein Maschinenbaustudium an der ETH in Zürich und machte sein Doktorat im Bereich Wärmeübertragung an der EPFL in Lausanne.